



„Wege zu einem neuen Irak“

1. Konferenz für irakische Migranten in Deutschland

Irene Dulz

Am Samstag, den 26. Juni 2004 fand in der Zeche Carl in Essen eine Konferenz unter dem Titel „Wege zu einem neuen Irak - erste Konferenz irakischer Migranten in Deutschland“ statt. Die Konferenz wurde von Mitgliedern der Irakischen Sozial- und Kulturgemeinde Essen, dem Irak-Forum Ratingen und dem Irakischen Kulturverein Köln vorbereitet. In einer Pressemeldung teilte das Vorbereitungskomitee mit, dass mit der Konferenz dem steigenden Interesse sowohl der in Deutschland lebenden Iraker als auch der deutschen Öffentlichkeit am Irak-Thema Rechnung getragen, ein Zeichen der Hoffnung auf ein neues, sicheres und demokratisches Irak gesetzt und Möglichkeiten der weiteren Zusammenarbeit innerhalb der irakischen Community erörtert werden sollten.

Wie der Titel der Konferenz „Wege zu einem neuen Irak“ implizierte, wird der gegenwärtige politische Irak-Prozess in Exilkreisen auch als Chance gewertet, wobei die Sicherheitslage als Anlass zu großer Sorge beurteilt wird. Mit der Konferenz sollte „ein Zeichen der Hoffnung auf ein neues, sicheres und demokratisches Irak gesetzt werden“ und die Diskussion um Partizipationsmöglichkeiten der im Exil Lebenden auf die politischen Prozesse im Irak nahmen viel Raum ein. Deutlich wurde bei der Konferenz, dass die zivilgesellschaftliche Organisation im Exil auf jahrelange Erfahrungen zurückblicken kann und der jetzigen Einmischung in die Prozesse im Irak vom Exil eine wichtige Bedeutung beigemessen wird. Die in den deutschen Medien und der alliierten Besatzung in Irak oft vermittelte Sichtweise, die irakische Bevölkerung alleine entlang religiöser, ethnischer und kultureller Linie zu definieren, greift zu kurz. Immer wieder wurde in Redebeiträgen unterstrichen, dass alle ethnischen Gruppen (Araber, Assyrer, Kurden, Turkmenen, usw.) und religiösen Gruppen (Christen, Sabäer, Schiiten, Sunniten, Yeziden, usw.) in die politische Partizipation einzubinden sind.

Ich werte die Konferenz als Auftakt: erste Vorbereitungen zu einer Vernetzung der irakischen Vereine im Exil wurden unternommen und die Gründung eines Dachverbands irakischer Vereine in Deutschland angestrebt.

Diskussionen und Forderungen

Die Konferenzteilnehmerinnen und -teilnehmer waren besorgt über die Entwicklungen im Irak und die zunehmend

prekäre aufenthaltsrechtliche Situation von Irakerinnen und Irakern in Deutschland. Seit einigen Monaten verfolgen Tausende in Deutschland lebende Irakerinnen und Iraker unbestätigte Nachrichten darüber, dass die deutsche Regierung in Zukunft Zwangsmaßnahmen ergreifen wird, um irakische Asylbewerber, Flüchtlinge und Geduldete in ihre Heimat zurückzuschicken. Argumentiert wird, dass das Regime von Saddam Hussein gestürzt ist und dass die erwähnte Gruppe damit keine asylrechtlichen Gründe mehr vorzuweisen hat sich in Deutschland aufzuhalten. Tatsächlich wurden in verschiedenen deutschen Städten das Bleiberecht bzw. die Aufenthaltstitel von hunderten Irakerinnen und Irakern, die eine Anerkennung gemäß § 16 oder § 51 des Asylgesetzes genießen, in Folge von Widerrufsverfahren aberkannt. Weitere hunderte anerkannte irakische Flüchtlinge wurden aufgefordert, Gründe zu benennen, die weiterhin Abschiebungshindernisse geltend machen.

Aufgrund der prekären Sicherheitslage im Irak und die bis dato noch nicht anerkannte irakische Regierung wurde das Thema irakischer Flüchtlinge in Deutschland bei den letzten beiden Treffen der Innenminister und –senatoren der Bundesländer im November 2003 in Jena und Juli 2004 in Kiel im Wesentlichen vertagt. Vor dem Hintergrund der Übergabe von Kompetenzen an die irakische Übergangsregierung steht bevor, dass das Thema der „freiwilligen“ Rückkehr und Abschiebung in den Irak erneut auf die Tagesordnung der nächsten Sitzungen der Innenminister und –senatoren der Länder behandelt wird.

Die Konferenzteilnehmerinnen und -teilnehmer forderten wiederholt die deutsche Politik und Verwaltung auf, sich mit dem „irakischen Dilemma“ und der prekären Lebenssituation der irakischen Zivilbevölkerung und der Gefahr, die von tausenden „freiwillig“ oder erzwungen Rückkehrenden in den Irak droht, zu befassen. Bei künftigen Entscheidungen über irakische AsylbewerberInnen, Flüchtlinge und Geduldete soll nicht nur die rechtliche Perspektive, sondern auch humanitäre Aspekte betrachtet werden. Folgendes sollte in Erwägung gezogen werden:

1. Die Stellungnahmen des UNHCR, die an die Asyl gewährenden Länder gerichtet sind und derzeit von einer freiwilligen Rückkehr in den Irak abraten. Der UNHCR warnt entschieden davor, derzeit irakische Flüchtlinge unter Zwang zurückzuschicken.

2. Die Stellungnahmen und Appelle des irakischen Ministeriums für Immigration und die letzte Erklärung der irakischen Ministerin für Immigration Paskal `Isho, in der die Asyl gewährenden Länder aufgefordert

werden, aufgrund der schlechten Sicherheits- und Wirtschaftslage, von der Zurück-schiebung irakischer Flüchtlinge abzusehen.

3. Die irakische Übergangsregierung sieht sich unter den gegebenen Umständen nicht in der Lage, die Aufgabe der Sicherheit und Stabilität zu übernehmen. Vielmehr ist der Irak seit dem Fall des Baath-Regimes zu einem Schlachtfeld für internationale fundamentalistische und terroristische Gruppen geworden, die sich mit Anhängern und Anhängerinnen des alten Regimes und Angehörigen der alten Sicherheitsapparate, Dieben, Räufern, etc. verbündet haben, um terroristische Aktionen durchzuführen und das Land zu destabilisieren und in den Bürgerkrieg zu treiben. Tagtäglich berichten Medien von Autobomben-Explosionen, Entführungen, Hinrichtungen, Raubüberfällen und der Einschüchterung der Einheimischen.

4. Vor allem auf die Kinder und Jugendlichen, die in einer deutschen Umgebung aufgewachsen sind, seit Jahren deutsche Schulen besuchen, ihre Schulbildung auf deutschen Schulen noch absolvieren, sich an Kultur, Sprache, Schulsystem, Gesellschaft, Umwelt gewöhnt, die Freunde in Deutschland gefunden haben und die einen großen Fortschritt bei der Integration erzielt haben, sei Rücksicht bei der zukünftigen Irak-Politik zu nehmen. Es wäre eine Tragödie, diese Kinder und Jugendlichen sehenden Auges in den Irak zurückzuschicken. Die Rückkehr für sie würde eine echte Katastrophe für ihr Leben und ihre Zukunft sowie einen schmerzhaften Bruch in ihrer Biographie bedeuten. Die deutsche Politik und Verwaltung möge bedenken, dass zu Zeiten des Saddam-Regimes und UN-Embargos eine ganze Generation kaum oder schlecht ausgebildeter junger Irakerinnen und Iraker herangewachsen ist. Die damit verbundenen Herausforderungen werden erst in Zukunft zu Tage treten.

5. Eine Integration in Deutschland kann nur dann realisiert werden, wenn ein konstruktiver und offener Dialog mit den betroffenen Irakerinnen und Irakern geführt wird und diese aktiv am Prozess beteiligt werden.

Irene Dulz ist Islamwissenschaftlerin;
iredulz@aol.com